

## Religiöse Minderheiten und Religionsfreiheit:

*Eine Stellungnahme der Verpflichtung und der Besorgnis Die Stellungnahme wurde am 29. September 1999 von dem 330 Mitglieder umfassenden, in Silver Spring, Maryland/USA, tagenden Exekutiv-Ausschuss der Generalkonferenz (Weltkirchenleitung) der Siebenten-Tags-Adventisten verabschiedet. (Veröffentlicht in den INFORMATIONEN des Adventistischen Pressedienstes [APD], Zentralausgabe Deutschland, November 1999.)*

Im Laufe der Geschichte sind religiöse Minderheiten oft Diskriminierung und direkter Verfolgung ausgesetzt gewesen. Heute sind religiöse Intoleranz und Vorurteile wieder auf dem Vormarsch. Trotz der Bestätigung der Freiheit eines jeden, religiöse Ansichten zu vertreten und zu verbreiten und seine Religion zu wechseln, – eine Bestätigung, die in den Urkunden und Dokumenten der Vereinten Nationen, zu einer „Internationalen Freiheitsurkunde“ zusammengestellt –, unterstützt wird, verweigern viele Länder ihren Bürgern dieses Recht.

Internationale Urkunden verurteilen die Diskriminierung von Minderheiten, aber tragischerweise haben manche Länder Listen von religiösen Gruppen veröffentlicht, die als mögliche gefährliche „Sekten“ beschrieben werden. Anti- Sekten-Kommissionen wurden eingesetzt, Untersuchungsbeamte ausgebildet und einschränkende Gesetze erlassen. Hunderttausende von unschuldigen Gläubigen stehen nun offiziell unter Verdacht und werden als Bürger zweiter Klasse behandelt. All dies verletzt die Religionsfreiheit, die das erste und wichtigste aller Grundrechte der Menschheit ist. Siebenten-Tags-Adventisten glauben, dass man den Gesetzen des Landes gehorchen soll, solange sie nicht im Gegensatz zu Gottes Geboten stehen. Wir stellen uns jedoch gegen jedes Gesetz, Verfahren oder Handeln, das religiöse Minderheiten diskriminiert.

Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten setzt sich sowohl für die Religionsfreiheit eines jeden als auch für die Trennung von Kirche und Staat ein. Die Heilige Schrift lehrt, dass der Gott, der uns das Leben gab, uns auch die Freiheit der Wahl ließ. Gott akzeptiert nur die Ehrung, die ihm freiwillig gegeben wird. Siebenten-Tags-Adventisten glauben außerdem, dass das Gesetz unparteiisch und ohne Willkür angewendet werden muss. Sie geben zu bedenken, dass keine religiöse Gruppe verurteilt werden soll, weil einige ihrer Anhänger vielleicht extrem erscheinen. Die Religionsfreiheit hat ihre Grenze, wenn aggressives oder gewalttätiges Verhalten die Menschenrechte anderer verletzt.

In Unterstützung des Artikels 18 der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ der Vereinten Nationen und anderer internationaler Urkunden sowie im Einklang mit ihren Glaubensgrundsätzen und ihrer Geschichte ist die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten uneingeschränkt bereit, die Religionsfreiheit für jeden und an jedem Ort zu fördern, zu verteidigen und zu schützen. Zu diesem Zweck werden wir weiterhin mit der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, anderen internationalen Stellen und religiösen Organisationen zusammenarbeiten, um jeden Staat zu ermutigen, das Grundrecht der Religionsfreiheit auszuüben. Außerdem werden wir weiterhin das Gespräch und das bessere Verständnis zwischen Regierungsstellen und Menschen, die einer religiösen Minderheit angehören, fördern.